

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei postamtlicher
Zahlung 2.50 M., durch die Post
25 M., einschließlich Zustellungsgebühr.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Am amtlichen Zeitungs-Bezugsamt
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unregelmäßig eingehende Bezahlungen
wird keine Rücksicht übernommen.
Rücksendung nur mit Cassenbonnet:
„Saale-Zeitung“ gestattet.
Bezugspreis der Redaktion Nr. 1140;
der Anzeigen-Abteilung Nr. 175; der
Abonnement-Abteilung Nr. 1123.

Abend-Ausgabe. Saale-Beitung.

Sachsbundvierziger Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenbreite
des Herrn Raum mit 30 Pfd., solche
aus Halle mit 20 Pfd., berechnet und in
unseren Anzeigenspalten und allen
Anzeigenspalten angenommen.
Reklamen die Seite 75 Pf. für Halle,
auswärts 1 Mtl.
Erbschaft täglich frei, meist,
Sonntags und Montags einmal.
Redaktion und Haupt-Verwaltung:
Halle, Gr. Sandauststraße 17;
Redaktionsstelle: Markt 24

Nr. 17.

Halle a. S., Donnerstag, den 11. Januar.

1912.

Jetzt gilt es!

Nur noch wenige Stunden und dann heißt es für jeden Wähler: Wohlan, tue deine Pflicht und wähle! Nicht nur ein Recht hat die Verfassung dem erwachsenen Deutschen gegeben mit der Beteiligung an den Reichstagswahlen, nein, eine ernste Pflicht hat sie ihm damit auferlegt, die zu erfüllen er jetzt abermals berufen ist.

Wenn jemals, so ist die Reichstagswahl von 1912 dazu geeignet, auch die lärmigsten Wähler an die Urne zu rufen, denn wahrlich, die Parteien, die jetzt zuletzt im Reichstag das Wort in den Händen hatten, die vereinigten Liberalen, Konservativen, Antisemiten und Polen haben in dem gemeinsamen Bestreben, bei der sogenannten Reichsfinanzreform von 1909 neue Lasten im Betrage von Hunderten von Millionen aufzuerlegen, die Befähigten aber vorzorsorglich zu schonen, ihren Parteigeizismus so unverhüllt walten lassen, daß auch dem Vertrauensvollsten die Augen geöffnet worden sind und dem Rangmütigsten die Geduld gerissen ist. Seit jeher ist der Deutsche gewilligt beim Tragen von Steuern und anderen Lasten. Aber was die letzte Reichsfinanzreform dem Volke geboten hat, übersteigt alles bisher Dagewesene! Mehr als 500 Millionen Mark werden den Minderwüchsigen und dem Verfehr überlegt. Die Befähigten dagegen gehen frei aus. Besonders gefährlich ist es, daß sich die blau-schwarze Koalition dabei Abgaben erlionnen hat, die überaus fleinlich sind, und nur aufreizend wirken können, wie der Schiedstempel, die Erhöhung des Kaffeepolls und die Erhebung einer Streichholzsteuer.

Aber alle Böse hat auch wieder seine guten Seiten. Der jede Anschlag des blau-schwarzen Blodes gegen den Mittelstand und die ärmeren Klassen hat die Aufmerksamkeit auch solcher, die den politischen Fragen sonst fern stehen, auf die Entwicklung unserer inneren Verhältnisse gelenkt und da ist auch ihnen eine Ahnung aufgegangen, daß es sich bei dem heiligen Wahlkampf gar nicht ausschließlich, ja nicht einmal in der Hauptache um die rückwärtigen Betrachtungen über die Reichsfinanzreform, um die gerechte Strafe der blau-schwarzen Koalition für ihre Steuerpolitik handelt, sondern daß es überhaupt die Abwehr gilt, gegen den auf unserem ganzen öffentlichen Leben lastenden Druck der Reaktion. Selbst gegen die schädlichsten Steuern wird mancher durch die Gewohnheit abgestumpft. Aber dagegen wird sich jeder, der es wohl meint mit der Zukunft Deutschlands, mit aller Energie wehren, daß unsere gesamten inneren Verhältnisse nur vom Standpunkte des Junkers und der mit ihm verbündeten kirchlichen Mächte betrachtet werden, daß die Großgrundbesitzer, eine Bevölkerungsschicht, deren wirtschaftliche und allgemeine kulturelle Bedeutung ebenso gering ist wie ihre Zahl, ungezügelt auf Grund angelegter Privilegien die politische und ökonomische Herrschaft an sich reißen, über das ländliche und ländliche Bürgertum, über Handel und Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, daß diese selben Junker einer beschränkten und längst veralteten Geistesrichtung zu helfen suchen in der Bevormundung und Anselung von Kunst und Wissenschaft.

Darum gilt es die Herbeiführung einer gerechteren Verteilung der Lasten im Reiche, es gilt die Befreiung des einzelnen wie des ganzen Bürgertums aus den unwilligen Fesseln einer sehr zu unrecht bevorzugten und anmaßenden Klasse.

Nehme niemand den Kampf leicht! Die Gegner verfügen über Hilfsmittel, deren Wirksamkeit bereits erprobt ist und sie haben sich für diese Wahl zu einer einzigen reaktionären Masse zusammengeschlossen. Das Zentrum epiert nicht weniger als eine Viertelmillion Stimmen, um sie den Konfessionen und antisemitischen Brüdern zuzuführen, damit diese entweder gleich im ersten Wahlgange siegen oder sicher in die Stichwahl gelangen. Die Konfessionen und ihre Anhängel wiederum unterstützen teils das Zentrum offen durch sofortige Stimmabgabe für den kirchlichen Kandidaten oder in geeigneten Wahlkreisen verdeckt durch Aufstellung von Sonderkandidaten, durch die man namentlich den Nationalliberalen Stimmen abzurufen und sie aus der Stichwahl zu werfen hofft. Und dann besitzen die Konfessionen in dem Bund der Landwirte und das Zentrum in seinem katholischen Volkverein, vor allem aber in der Hilfe der Geistlichkeit Massen, gegen die der Liberalismus nur mit äußerster Mühe ankommen kann.

Darum ist es zweifellos: Der Sieg wird nicht leicht sein! Aber er wird und muß trotz allem unter sein. Zum ersten Mal zieht das entsetzliche freilinnige Bürgertum auch äußerlich vollständig geeint in die Wahlkämpfe. Und noch mehr! Ein tatsächliches Zusammengehen hat sich in dem größten Teile des Reiches mit den Nationalliberalen ermöglichen lassen, so daß jetzt,

von wenigen Wahlkreisen abgesehen, der gesamte Liberalismus in einer einzigen Schlaglinie geht. Dazu kommt die Macht der freireligiösen Ideen, die wir vertreten, die allgemeine Erbitterung über die blau-schwarze Politik und die Begeisterung, mit der die Fortschrittliche Volkspartei allenthalben die Wahlvorbereitungen betrieben hat.

Dieser Begeisterung hat es auch keinen Abbruch zu tun vermocht, daß die Sozialdemokratie wiederum, wie so oft, den Liberalen in den Rücken fällt und sie an der ersten Ausnutzung ihrer Macht gegen die Reaktion zu hindern sucht. Zum Glück besitzt unsere Partei der Zahl wie der Fähigkeit nach hinreichende Kräfte, um sich ohne Schwächung der Front gegen rechts, auch der links stehenden Gegner zu erwehren.

Jetzt naht der Augenblick, wo sich der Wähler zu entscheiden hat, ob er einverstanden ist mit dem blau-schwarzen Regiment, das zur materiellen und geistigen Auspönerung der Masse führt, oder mit dem Programm der Freiheit, das die Fortschrittliche Volkspartei vor sich her trägt und das eine gesunde Entwicklung unserer inneren Zustände zum Wohle der Gesamtheit wie des einzelnen verbürgt.

Die Gelegenheit ist diesmal günstig, um einen gründlichen Sittenwechsel in unserer Politik herbeizuführen. Wird dieser Moment verflumt, so wird er bestenfalls erst nach fünf Jahren, vermutlich aber erst viel später, wiederkehren, da die konservativ-liberale Koalition ihre Vormachtstellung gehörig zu stärken verstanden wird.

Darum her an die Wahlurne! Sprecht euer Urteil über das blau-schwarze Regiment der letzten Jahre! Volkstreu und frei, wählt den Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei, wählt den

Stadtv. Pfautsch.

Aus dem Leben unseres Kandidaten Pfautsch.

Mehrere Anfragen und Wünschen entsprechend, sehen wir uns veranlaßt, über die Person des Kandidaten der vereinigten liberalen Parteien, Herrn Kandidaten Pfautsch, nachstehend einige Angaben zu machen.

Herr Pfautsch wurde im Jahre 1858 in demselben Hause, welches er noch heute bewohnt, als Ältestes von 10 Kindern geboren. Er entstammt einer alten halleischen Familie, welche bereits in vierter Generation in Halle ansässig ist. Seinem Großvater gehörte bis zum Jahre 1868 das Grundstück in der Gr. Ulrichstraße, welches heute im Besitz der Firma Brummer u. Benjamin ist. Die Urkunde darüber befindet sich noch im Besitz der Familie. Herr Pfautsch erlernte bei seinem Vater, nachdem er die halleische Volksschule und das Stadtmagnum besucht hatte, 3 Jahre lang das Konditoreigewerbe, ging auf ein Jahr in die Fremde und genügte lobend 1878 als Einjährig-Freiwilliger bei den 30ern seiner Dienstpflicht. Nach weiterer jähriger Tätigkeit als Gehilfe im In- und Auslande trat er in das Geschäft seines Vaters zunächst als Mitarbeiter und im Jahre 1889 als Inhaber ein. Er hat es seit dieser Zeit verstanden, seine Firma aus kleinen Verhältnissen zu einer der angesehensten dieser Branche zu machen. 24-26 Angehörige beschäftigt Herr Pfautsch hantig.

Bald nach seiner Selbständigmachung wurde Herr Pfautsch in die Gemeindevorstellung von St. Marien gewählt. Im Jahre 1904 ernannten ihn seine Mitbürger in das Stadtverordnetenkollegium. Er gehört hier seit Jahren den wichtigsten Deputierten und Ausschüssen an. So der Stadtvorstellung, der Verschönerungsdeputation, dem Staats-, Finanz- und Theaterausschuß. Auf vielen Reisen, welche ihm unter andern nach Frankreich, Spanien, Nordafrika, Italien, Schweiz, Oesterreich, Balkan-Halbinsel (Montenegro, Bosnien) führten, ist Herr Pfautsch stets bestrebt gewesen, seinen Bild und seine Kenntnisse zu erweitern. In der Handwerker- und Mittelstandsbewegung hat er seit Jahren als Vorstandsmitglied und hestretretender Obermeister seiner Innung stets eifrig mitgearbeitet.

Herr Pfautsch ist also ein Mann, dessen Lebensanschauungen auf reiche Erfahrung gegründet sind. Er betrachtet die wichtigsten Fragen der Zeitgeist auf den Grund, und wenn er in den Reichstag, wie wir hoffen, als Vertreter unseres Wahlkreises einzieht, dann ist das besonders erfreulich, weil uns Männer, die das Wohl und Wehe unseres Vaterlandes nicht nach dem beizuteilen, was sie aus Büchern wissen, dringend nötig sind. Die Zukunft erfordert Männer der Tat, und ein solcher ist unser Kandidat Herr Pfautsch!

Jesuitenpolitik.

(Den konservativen Vorkämpfern ins Stammbuch.)

Halle, 11. Januar 1912.

Herr Wolfgang Eisenhart, ein konservativer Schriftsteller, den die Stille eines absteils vom politischen Lärm

liegenden Städtchens zu eifriger Mitarbeit bei der „Halleischen Zeitung“ veranlaßt, gibt in der von ihm in regelmäßigen Intervallen besendeten konservativen Zeitung einen — Entschuldigungsgesetz — wegen der konservativ-ultramontanen Freundschaft ab, die im ewangelischen Sachsen, der Wiege der Reformation, den härtesten Widerspruch, selbst in gut konservativen Kreisen, gefunden hat.

In diesem Entschuldigungsgesetz ist Herr Wolfgang Eisenhart ein böser Feind unterlaufen, der einem politischen Schriftsteller, der so gern und so viel mit „historischen Daten“ arbeitet wie Herr Eisenhart, nicht passieren dürfte. Am allerwenigsten in einem Zeitartikel wie demjenigen in Nr. 14 der „Hall. Ztg.“, der doch dazu dienen soll, 48 Stunden vor der Wahl den Gegner „niedersufreten“. Diesmal ist der Schliche aber selber auf der Strecke geblieben. — Herr Eisenhart hat die Kühnheit, zu behaupten:

„Die Herren Unterzeihner (des H. Wahlkreises) betrogen wohl, daß die freireligiöse Partei stets für bedingungslose Rückberufung der Jesuiten eingetreten ist.“

Der gewandte Zeitartikler der „Hall. Ztg.“ weiß offenbar nicht, daß am 25. Januar 1899 der Antrag Sompf auf Aufhebung des Jesuitengesetzes im Reichstage angenommen worden ist, gegen die Stimmen eines Teils der freireligiösen Volkspartei und gegen die Stimmen der freireligiösen Vereinigung.

Herr Wolfgang Eisenhart weiß ferner nicht, daß in der Sitzung des Reichstags vom 28. Januar 1902, in der über die Zentrums-Interpellation, die sich mit demselben Gegenstand befahte, verhandelt wurde, die freireligiösen Abgeordneten Eugen Richter und Schrader in ihren Erklärungen sich ausdrücklich auf die Seite ihres Vordröbers des national-liberalen Hg. Hüsing, stellten, der im Interesse des konfessionellen Friedens die Aufrechterhaltung des § 1 des Jesuitengesetzes für notwendig erachtete.

Eugen Richter tat das, weil es seine innerste Überzeugung war; er tat es, trotzdem er bei seiner Kandidatur in Hagen-Schwelm die Stimmen der katholischen Wähler nicht erlöchen konnte und trotzdem ihm von ultramontaner Seite offen gedroht wurde, daß er bei der nächsten Wahl auf Stimmen aus dem katholischen Lager nicht rechnen könne.

Seit jenen Tagen sind die Jesuiten wahrlich nicht zahmer geworden. Im Gegenteil, ihr harter Arm regiert in Rom und sagt, wie das Motuproprio und die Bismarck-Gesetzgebung beweisen, weit hinein ins ewangelische Deutsche Reich.

Weshalb eine londerbare Logik liegt in der konservativen Verbrüderungspolitik, die, wie Herr Eisenhart sagt, „gewiß nicht die letzten Ziele des Zentrums billigt“, die, wie Bismarck erklärte, mit dem Wesen des modernen Staates unvereinbar sind!

Und trotzdem man weiß, daß das Zentrum nichts tut, ohne zu gegebener Stunde die Rechnung zu präsentieren, trotzdem ein konservatives Flugblatt noch vor fünf Jahren die Ultramontanen die „Ausgeschalteten des Vaterlandes“ nannte, trotzdem das Zentrum im Jahre 1907 von den Konservativen hören mußte, daß es mit beufschfeindlich ein Gebilde seine Reihen füllen, — trotzdem gehen heute die Konfessionen unseres Vaterlandes mit dem größten Feinde des Deutschtums mit jenen Leuten, die ihre Order aus Rom erhalten, durch die und durch! Wirklich, es ist weit genug gekommen, im deutschen Reich! Allerdings, wenn die ultramontan-konservative Verbrüderung solche Wüten treibt wie eben in Würtemberg, um im 13. Wahlkreise ein ewangelischer Vertrauensmann des „Bauernbundes“ öffentlich hat:

„Es wäre besser, wenn Luther seinerzeit im Kloster als Mönch geblieben wäre und hätte sein Maul gehalten, so ein elendes Mönchlein, dann wäre der Zwiespalt nicht entstanden, und wir wären alle katholisch; ich halte deshalb auch zu den Katholiken und zum Zentrum!“

— dann wünscht man sich, der Wönd von Witttenberg möge auferstehen aus seiner Grub in der Schloßkirche und einen Donnerkeil hineinwerfen, wo sich solche Lästerung regt.

Wer nicht will, daß das Land der Reformation durch einen Bundesbruder des Zentrums im Deutschen Reichstag vertreten wird, der darf nicht Schrader, der muß Pfautsch!

wählet. Hütet euch vor Rom!

„Der Finger Gottes!“

Der linksliberale babilische Landtagsabg. Muser sprach dieser Tage in einer Zentrumsversammlung und kam dabei aus Versehen zu Fall, wobei er sich leicht am Kopf verletzete. Ein frommer Zentrumsmann konnte sich angeht dieses Unglücksfalles, wie

Reichstagskandidat der Fortschrittler und Nationalliberalen für Halle-Saalkr. ist Stadtv. Pfautsch.

die „Neue Wobische Bundesregierung“ zu berichten weiß, nicht enthalten, auszuführen: „Wenn er sich nur das Genie gebroden hätte“, ein anderer Zentrumsman meinte: „Das ist der Fluss der bösen Zeit“, und ein anderer erklärte: „Das ist der Finger Gottes“. — Das sind die „Gefährlichen Gemütskranke“ der Zentrumspartei.

Die Herresvorlage an den neuen Reichstag.

(Von unserem militärischen Mitarbeiter.)

Die neue Vorlage zum Quinquennatsgesetz von 1911 steht in ihren Grundzügen seit etwa einem Monat fest und wird — wie die „Militär. Korrespondenz“ von uninteressierter Seite hört — in der Thronrede bei der Eröffnung des neuen Reichstages angekündigt werden. Es soll dem Parlament zugeteilt werden, das die 1. Plenarberatung darüber gleichgültig, mit der 1. Lesung des Etats stattfinden kann.

Hauptgrundstück der Vorlage ist, daß an der im Vorjahre abgeschlossenen Friedenspräsenzstärke bis zum 31. März 1916 festgehalten wird. Die Entwürfe für die jährlichen Reformationen werden durch Abgeben und Entlassbeschreibungen der bestehenden Truppeneinheiten gebildet.

Die hauptsächlichsten Veränderungen der jetzigen Friedensverbände finden an der Ost- und Westgrenze statt. In Allenstein wird ein Armeekorps aufgestellt, dem die 37. Division in Allenstein und eine weitere Division angehören soll, deren Standort Osterode sein wird. Ein zweites Armeekorps erhält Freiburg i. Baden zum Sitz des Stabes. Ihm zugeteilt soll die 29. Division in Freiburg und eine neu zu formierende Division mit dem Standort auf dem linken Rheinufer werden. Abstriche von je zehn Mann im Etat der Mehrzahl der Kompagnien werden es a. ermöglichen, alle Infanterie-Regimenter mit nur zwei Bataillonen auf die normale Stärke von drei Bataillonen zu bringen, die Maschinengewehr-Kompagnien stark zu vermehren und dem neuen 20. und 21. Armeekorps die notwendige Ausstattung mit Pontieren und Train zu geben. Die im Quinquennatsgesetz von 1911 bewilligten beiden Feldartillerie-Regimenter für die 37. Division (in Allenstein) und die 29. Division (in Colmar i. E.) sollen beibehalten werden, die 29. Division neu geformt werden. In Bayern will man alle Feldartillerie-Regimenter auf sechs Batterien bringen. Auch die Ausfüllung nach anderer Artungslücken, lo im Generalsabte der Arme, ist vorgesehen. Die aufzufüllenden Formationen werden nach Möglichkeit, mindestens soweit bereits vorhandene Kasernen es erlauben, in kleineren Städten gelegt werden. Das Kriegsministerium will damit einem oft im Reichstage vorgebrachten Wunsch entgegenkommen.

Die Kosten für die verschiedenen Reformationen sollen a. durch eine Mehreinkommensteuer auf alle Jahreseinkommen über 5000 Mark aufgebracht werden.

Deutsches Reich.

Ein Bekenntnis zum schwarz-blauen Block.

S. Aus Stendal, 10. Januar, wird uns gemeldet: Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Freiherr von Wangenheim, gibt die (bis her) auch von der „Allgemeinen Zeitung“ so kräftig geleugnete Erklärung des schwarz-blauen Blocks zu. In einer Verankerung der Konventionen und Bündler erklärte er: „Freiherr v. Wangenheim nach dem „Allgemeiner“: „Nachdem die liberalen Parteien bei der Reichsfinanzreform versagt hätten, kam der berühmte schwarz-blau-schwarze Block zu Stande, eine Verständigung zwischen Zentrum und Konfessionen.“

Deutschland ist die Existenz bisher nicht gegeben worden. Ferner führte er zum Entgegnungsgesetz aus, die Ansehenspolitik sei seine Waffe im Kampfe gegen die politischen Befreiungen. Die Polen hätten dadurch nur Geld in die Hände bekommen. Wenn die Enteignung durchgeführt werde, würden die politischen Befreiung nur noch mehr Geld erhalten, mit dem sie dann die Deutschen an anderen Stellen verdrängen.

Die preußisch-schlesische Vortragegemeinschaft. In der Meldung, daß im Falle eines Scheiterns des Lotterieterritoriums zwischen Preußen und Bayern das Zusammenkommen der preußisch-schlesischen Klassenlotterie in Frage gestellt sei, ist festzustellen, daß im Schlussprotokoll des Vertrages die Bestimmung enthalten ist, daß der Vertrag zwischen der preußischen und auch nur einen der vertragsthehenden Staaten auch dann Gültigkeit hat, wenn die Landesvertretung eines anderen Staates die erforderliche Zustimmung verweigert. Würde also Bayern sich der Lotteriegemeinschaft infolge des Widerstandes der Zentrumspartei im bayerischen Landtag nicht anschließen, so würde der Lotterievertrag zwischen Preußen einerseits und Württemberg und Baden andererseits abgeschlossen werden, da der Vertrag von den Ständebänden in Württemberg und Baden bereits genehmigt worden ist.

Esam wieder ein Epilog. In Memel ist der Bäderbesitzer Albert Bruffelt wegen veräußerter Landesverträge verhaftet worden. Bruffelt hat dem Memeler Dampfmaschinen zufolge ein Geständnis abgelegt haben, daß er in russischen Diensten stehe.

Zwischen Dresden und Braunschweig ist ein Nachtrag zum Staatsvertrag vom 2. Juli 1905 über die Herstellung einer

Eisenbahn von Brandenburg nach Queblindung mit Abzweigung nach Thale abgeschlossen worden. Danach soll die Bahn in der Station Blankenau an die Halberstadter Eisenbahn, in der Station Queblindung an die preussische Staatsbahn angeschlossen werden.

Der weimarische Landtag ist am 20. Januar einberufen worden. Er wird sich in seiner ersten Sitzung mit einer Regierungsvorlage über die Aufhebung des Einkommens der kaiserlichen Postämter zu befassen haben. Weiter ist dem Landtag eine Vorlage über die Aufhebung der staatlichen Grundsteuer zugegangen.

Hot- und Personalnachrichten.

Der Kaiser empfing Mittwochs nachmittags im Berliner Schloß den Reichskanzler von Bethmann Hollweg zum Vortrag.

Die Taufe des jüngsten Sohnes des deutschen Kronprinzenpaars findet am 28. Januar im Kronprinzlichen Palais in Berlin statt.

Am Diner beim Reichstag waren nach der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung Mittwoch a. a. geladen der französische Botschafter Jules Cambon, der spanische Botschafter Baron de Bergey und der türkische Botschafter Osman Rifai Pascha.

Rücktritt des Kabinetts Caillaux.

S. Paris, 11. Jan.

Im Laufe des gestrigen Kabinettsratss beschlössen die Mitglieder des Kabinetts, die kollektive Demission einzureichen. Der Rücktritt der Demission wurde dem Präsidenten Fallières sofort zugestellt. Die Meldung, welche in Paris früh abends bekannt wurde, rief großes Aufsehen hervor.

Clemenceau, der alte Ministerpräsident, hat es erreicht. Dem Mantel, der ihm der Herrganz nach, mit dem Selbes ging das Kabinetts Caillaux. Für den Quai d'Orsay taucht wieder Delcassé's Name auf. Gehört der Marokko, werden zur Höhe gelangt durch Marokko finden sich da die Herren nicht wieder zusammen, die Eward VII. für seine Einkreisungspolitik zusammengeliegt hatte: Sir Edward Grey, der eifrige, pietätvolle Parlamentarier des neuen King und Theophile Delcassé, der stets um britische Beihilfe für den Revanchegrieg war?

Demission des Gesamtministeriums

wird aus Paris gemeldet: Mittwoch nachmittags hatten sich die Minister zu einem Ministerrat versammelt und hatten bis gegen Abend beraten, dann wurde die Sitzung unterbrochen, ohne daß man zu einem Ergebnis gekommen wäre. Es verbreitete sich das Gerücht, daß Delcassé sich gemeldet habe, das Portefeuille des Ministeriums des Äußeren zu übernehmen, Gerüchte, die sich später als falsch herausstellten. Den Vertreter der Presse teilte Caillaux mit, daß es sich darum handele, das Ministerium der Marine zu belegen. Admiral Germinet habe abgelehnt, auch Senator Vaudin, früherer Minister im Kabinet Waldeck-Rousseau, an den man sich gewandt hatte, zeigte sich nicht zur Übernahme bereit.

Gegen 7 Uhr abends verammelte sich der Ministerrat neuem. 10 Uhr ließ Kabinettschef Caillaux die Pressevertreter zu sich herein und teilte ihnen mit, daß das Gesamtministerium die Demission einreichen werde. Die offizielle Note lautet:

„Angesichts der Schwierigkeiten, das Marineministerium zu belegen, und angesichts der Notwendigkeit, diese Stelle so schnell als möglich auszufüllen, glaubt Herr Caillaux, nicht länger die Verantwortung der Macht auf sich behalten zu können.“

Caillaux begab sich noch am Abend zum Präsidenten Fallières und wird in einem erklärenden Brief die Gründe der Demission bekannt geben. — Allgemein glaubt man hier, daß die Schwierigkeiten, das Marineministerium zu belegen, von Caillaux nur als Vorwand zu Hilfe genommen wurde, die Macht niederzulegen. Man sagt, Delcassé habe Bedingungen gestellt, denen sich ein Regierungsgesetz nicht unterwerfen konnte. Delcassé, so wird berichtet, verlange eine gewisse Souveränität für das Ministerium des Äußeren, eine Art Depolitität. Für heute waren in der Deputiertenkammer Interpellationen über den Rücktritt des Selbes angekündigt. Caillaux hätte unmöglich den Interpellanten die Antwort verweigern können.

Im Einlage haben den ganzen Abend über politische Besprechungen stattgefunden. Unter anderen Parlamentariern empfing Fallières auch Clemenceau, den er in ein längeres Gespräch zog. Entsprechend dem Gebrauch werden die Präsidenten der Kammer und des Senats nach dem Einlage berufen werden. Diesmal wird der Kammerpräsident vor dem Senatspräsidenten empfangen werden, weil das Bureau des Senats noch nicht gewählt worden ist. Es wird das erste Mal sein, daß der Präsident der Republik den Senatspräsidenten erst in zweiter Gehehheit empfangen wird.

Delcassé — Ministerpräsident?

Genauert a. W., 11. Jan. (Prin. - Tel.) Die aus Paris eintreffenden Nachrichten lassen es nicht als zweifelhaft erscheinen, daß Caillaux bei seiner heutigen Besprechung mit dem Präsidenten der Republik Delcassé zu seinem Nachfolger vorschlagen wird. Bezüglich der Nachfolgerschaft wird auch von der Möglichkeit eines Kabinetts Delcassé mit Bourgeois, Millerand und anderen Politikern gesprochen, welche für die Annahme des Abkommens eingetreten sind. Im Einlage geht man sich zur Stunde einem Uebergangsministerium mit Jean Dupuis als Ministerpräsidenten geneigt, weil die allen Parteien inympathische Persönlichkeit des genannten Senats, des Herausgebers des einflussreichen „Recht Versteht“, eine gewisse Gewähr für die mögliche schnelle Beendigung der Marokko- und Kongorlage vertritt. Der Berufung des Senators Combes stehen mannigfache Bedenken entgegen, unter denen wohl das wichtigste ist, daß der Moment wenig günstig ist, die vorhandene Komplikation noch durch Aufstellung der höchsten Fragen zu steigern. Einem Ministerium Clemenceau würde man geringe Aussichten auf Bestand, weil die jüngsten Vorgänge in der Senatskommission deutlich erkennen ließen, daß der genannte Senator aus reiner Reichthaber das deutsch-französische Abkommen in Frage stellen könnte. Auch von Delcassé als künftigen Ministerpräsidenten wird gesprochen. Im Zusammenhang mit diesen Kombinationen wird überall der Name Millerand für das Portefeuille des Äußeren genannt.

Bestimmungen.

„Matin“ erklärt, daß die Meinungsunterschiede zwischen dem Selbes und Caillaux bereits am ersten Tage des Zusammentritts des Kabinetts bestanden. Als der „Matin“ nach Madrid entandt wurde, unterhielt sich Caillaux und dem Selbes über die zu treffenden Beschlüsse. Es wurde auch die Frage aufgeworfen, französischerseits ebenfalls ein Kriegsschiff nach Madrid zu senden. Delcassé wurde an den Beratungen hinzugezogen. Er äußerte aber, daß der Augenblick nicht gekommen sei, ein Kriegsschiff zu entsenden. Er bemerfte auch, daß England mit der Entsendung eines Kriegsschiffes nach Madrid vorgehen werde. Infolgedessen unterließ die Entsendung eines französischen Kriegsschiffes. Hierauf reiste de Selbes nach Antwerpen und Caillaux übernahm die Präsidentschaft. Er war aufs höchste erlauth, ein Telegramm des französischen Botschafters aus London zu erhalten, worin England Einwendungen gegen die Entsendung eines französischen und englischen Kriegsschiffes nach Madrid erhob. Dies war Beweis, daß de Selbes trotz der Besprechungen aus einem Antrieb über den Kopf des Kabinettsbeschlusses die Entsendung eines Kriegsschiffes in England angestrebt hatte. — „Matin“ erklärt, daß in politischen Kreisen drei Männer, nämlich Briand, Delcassé und Poincaré Aussicht auf die Nachfolgerschaft Caillaux haben.

„Journal“ schreibt: „Es ist schwer, die Absichten des Präsidenten Fallières vorauszuahen. Die ersten Umstände, unter denen die Krise zum Ausbruch gelangte, machen es zur dringenden Notwendigkeit, daß der Präsident seinen Entschluß so schnell wie möglich faßt. Die Beratungen mit Delcassé sowie die Rumbegungen, die für letzteren festzulegen sind, werden dem Präsidenten den Weg zeigen, den er zu betreten hat. Es ist wahrscheinlich, daß Delcassé berufen wird, das Erste Caillaux“ anzutreten.“

In der Madrider Presse bildet die französische Ministerliste das ausschließliche Tagesgespräch. Der Premierminister Canalejas erklärte, die Krise sei im jetzigen Moment ein Akt von großer Wichtigkeit für Spanien. Von der Lösung, die die Krise erfahren werde, könne sehr viel für die Interessen Spaniens abhängen.

Ausland.

Rußland in Persien.

Niederlage der Regierungstruppen.

Nach einer Meldung der Deutschen Kabelgramm-Gesellschaft wurden die Regierungstruppen von Schah es Sultaneh geschlagen und der Führer schwer verwundet. Die Petersburger offizielle „Wolff“ wendet sich gegen die Behauptung, daß die Russen bei der Besetzung des Angriffs auf die russischen Truppen in Persien Granatminen verlegt hätten. Mit Bezug auf die Meldung auf die Meldung von russischen Demokraten in London einberufene Protestversammlung fragt das Blatt, warum denn gegen die unbefriedigten Mißhandlungen russischer Soldaten durch die Fikid sein Protest erhoben worden sei. Von den Rädelführern bei den Greueln in Persien seien 15 hingerichtet und 26 freigesprochen worden. Die meisten habe die Bevölkerung selbst dem russischen Kriegsgerichte übergeben. Das sei eine milde Vergeltung.

für den Tod eines Offiziers und von 39 Soldaten und für die schwere Verwundung von fünf Offizieren und 45 Soldaten, die meist durch Explosivgeschosse erfolgt sei. Die Soldaten von 23 zu Tode gemarterten russischen Soldaten seien bisher noch nicht ausgeliefert worden. Die Gesandte bezuge, daß andere europäische Nationen heimtückische Angriffe ganz anders bestraft hätten. Die Strafen seien unzureichend, aber sie seien notwendig, nicht nur, um dergleichen Rassenblut zu rächen, sondern auch, um die gefährlichen Elemente einzufriedern, die sich der Wiederherstellung der Ordnung in den durch die Anarchie geplagten Städten mischerließen. Die Perser und ihre europäischen Berater sollten wissen, daß ein russischer Soldat nicht fatallos angegriffen werden könne, und daß Rußland für die Nachfolge nicht lassen werde, um in den nachhergeleiteten Persien die notwendige Ordnung wieder herzustellen.

Schüler verläßt am heutigen Donnerstag Tcheran mit drei amerikanischen Offizieren der Zollgendarmerie, die jetzt schwedischen Offizieren unterstellt wird. Als Nachfolger Schuliers ist tatsächlich der Belgier Morard bestimmt.

Spanische Kolonialkämpfe.

„Matin“ berichtet aus Melilla, daß eine Flotilla von 6000 Mann mit 500 Kanonen gebildet wird, die sofort den Kampf gegen die Spanier aufnehmen sollen.

Provinzialnachrichten.

Flucht des Schriftstellers Dr. Wernsdorf. Jena, 10. Jan. Der Schriftsteller und Mindelektor Dr. Wernsdorf, dessen Beurlaubung wegen neuerlicher schwerer Verleumdung der weimarischen Justizverwaltung befohlen, ist ins Ausland geflüchtet.

Dr. Julius Wernsdorf ist aus mehreren Senatsanträgen bekannt. Am 8. Januar 1909 wurde er vom Landgericht Weimar wegen Verleumdung und öffentlicher Beleidigung in drei Fällen

überwiegend handlungslos leben nicht allein auf große Ausgiebigkeit eines Abendmahlens, sondern sie achten auch darauf, daß es die Arbeit der Kinder und auch von den besten genommen wird. Sehr ausgiebig, d. h. billig im Gebrauch, ist „Kulstet“, welches als dünne Suppe — 1 Pfund auf 1 Liter Wasser — gegeben wird. Besondere Beachtung verdient nicht nur die Abreise hierher, sondern es verbindet auch nach Müdigkeit, das Ausruhen von Magen- u. Darmkrankheiten.

Der 12. Januar fordert von jedem freiheitlich gesinnten Wähler die Erfüllung der Wahlpflicht!

Weinhaus Broskowski.

Freitag abend Bekanntgabe der Wahl- Resultate aus dem Deutschen Reiche.

zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte unter dem Titel „Wacht II der Nachfahren. Aus dem Staate des Ordens der Reichsarmee“ eine Zeitschrift herausgegeben, in der gegen die Justizverwaltung des Großherzogtums Sachsen-Weimar der Vorwurf der Korruption erhoben und zahlreiche Beamte schwerer Vergehen beschuldigt wurden. Nach in letzter Erinnerung ist der Prozess um die Spigenorganisation der Herzogin von Koburg, in dessen Mittelpunkt Wernsdorf stand. Das Urteil gegen ihn lautete wegen Erpressungsverstoßes und Beihilgen auf je sechs Wochen Gefängnis und Tragung der Kosten. Der Spigenführer der Herzogin, an den sich der Genationsprophete geknüpft hatte, wurde am 20. Oktober v. J. in der Berliner Wandlammer in der Neuen Schönhauser Straße verurteilt und erzielte nur 4000 Mark.

Die Buchgewerbe-Ausstellung.

Dresden, 10. Jan. Die sächsische Regierung verlangt vom Landtag 200 000 Mark als Garantiefonds für die im Jahre 1914 in Leipzig stattfindende Internationale Buchgewerbeausstellung. Diese Summe soll jedoch nur gegeben werden, wenn Leipzig den gleichen Betrag bewilligt.

Gernsdo, 10. Jan. (Junge Schwarzbrotteiler.) Bei dem Landwirt H. hier befindet sich in einem Holzstapel ein Heu mit jungen Schwarzschnitzern, die sich, trotz des eingetretenen Schneeeisfalls ganz wohl fühlen und von dem Elternpaar bis jetzt noch reichlich mit Nahrung versorgt werden konnten. Ob dies auch ferner noch geschehen kann, ist allerdings fraglich, da die Tiere infolge der Schneedecke nicht mehr finden. Es ist das für die jetzige Jahreszeit ein gleich seltener Fall.

W. Zorjan, 10. Jan. (Zur Jugendpflege.) Für die jungen Leute des hier unter Leitung des Majors v. Bresslau und des Staatsrats Schmidt bestehenden Vereins sollen militärische Uniformen eingeführt werden. Späterhin werden sie federmäßig ausgerüstet. Die jungen Leute erhalten vollständige militärische Ausbildung im Turnen, Exerzieren, Feldbühnen usw., wozu Unterrichtszüge des 72. Regiments herangezogen werden.

Alteba, 9. Jan. (Ehenkung.) Aug. Feine, der als junger Mann Caléda verlassen, sich nach Amerika begeben und es dort zu Wohlstand gebracht hat, hat fern von der Heimat durch die Leitung von der Entführung des neuen prächtigen Kinderbetts hier erfahren. Von dem Wünsche befreit, namentlich Kindern, deren Eltern die Aufzuchtung der wenn auch geringen Kosten des Bettes der Ansicht sind, dass der Besuch der letzteren zu ermöglichen, Herr Karl Arthelm, 1000 Mark mit der Bestimmung gefandt, für eine Anzahl Kinder, die das Kinderbett beläuden, den Betrag zu verwenden.

Aus der Grafschaft Sagan, 9. Jan. (Fortbildungsschulen) beschäftigt die Sgl. Regierung zu Erfurt auch auf den Sagan einwirkend. Zu diesem Zweck sind den Lehrern Programme nach dem Muster eines Stundenplanes für Fortbildungsschulen des früheren Kreisinspektors Pollack zugegangen, welche den örtlichen Verhältnissen angepasst werden können.

Gerichtsverhandlungen.

Auch eine Folge des türkisch-italienischen Krieges.

S. & H. Mannheim, 8. Jan.

Der türkisch-italienische Krieg hat sich für den Fabrikarbeiter Casparini, einen heillosigen Sohn des Südens, in einer recht unangenehmen Weise bemerkbar gemacht. Einmal schloß Herdittages unterließ man sich in einer Wirtschaft in Sandhofen über die Weltbegebenheiten, und natürlich in erster Linie über den italienisch-türkischen Krieg, der eben ausgebrochen war. Die Gesellschaft bestand überwiegend aus Arbeitern, die sich aus Italienern, Oesterreichern und Deutschen rekrutierten. Jeder Gottes war aber der Bündnisgedanke unter ihnen nur herzlich schwach vertreten. Oesterreicher und Deutsche hielten zwar zu einander, wollten aber von der politischen Haltung der Italiener nichts wissen, und so kam es bald zwischen den Vertretern der verbündeten Mächte zu einer regelrechten Prügelei. Wie immer war der liebe Gott auch hier bei den härtesten Kämpfen. Die Italiener wurden hinausgeworfen, und der Angeklagte rückte sich dadurch, daß er zwei vollständig unbeteiligten Personen Messerstiche verlehre. Der Staatsanwalt beantragte gegen Casparini sechs Monate Gefängnis. Der Gerichtshof nahm aber auf seine begründete Erregung Rücksicht und beließ es bei einer Strafe von sechs Wochen Gefängnis.

Beipzig, 10. Januar. In der Unterstadt der „Leipziger Volkstags“, die sich über die bei uns in Deutschland herrschende Berechnungsmittel taufte, machte, war der Volksverband gegen die Sozialdemokratie in einem Atem mit dem Verein für Hindwischung, dem Verein für Einführung von Zusehen und der Landmannschaft ehemaliger Waldheimer (in Waldheim befindet sich das städtische Landesguthaus) genannt worden.

Durch diese Zusammenstellung hätte sich der Generalkommissionärs des Reichsgewerkschafts Dr. Ernst Henrici in seiner Ehre angegriffen und er erhob Beleidigungsklage gegen die „Leipziger Volkstags“, deren verantwortlicher Redakteur, der Landtagsabgeordnete Alfred Keimling, vom Leipziger Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 200 Mk. verurteilt wurde. Gegen dieses Urteil hat Keimling Berufung eingelegt, und gestern hatte sich die 6. Strafkammer des Landgerichts mit der Sache zu beschäftigen. Die Berufungsinanz verwarf indes die Berufung Keimlings, es bleibt also bei der Strafe von 200 Mk. Zu der Begründung der Verurteilung wurde kurz und bündig gelangt, daß Henrici die Verurteilung zu einer Herabsetzung der Strafe vorgelegen habe; die Anpöbelung der „Leipziger Volkstags“ gegen Dr. Henrici sei zu groß und zu tendenziös gewesen.

Rechtsanwalt Gailliant nach Unterschlagungen geflüchtet.

Rechtsanwalt Gailliant aus Berlin, dessen Kleeber im Grunewald gefunden wurden, hat einen Unfallsfall — man sollte glauben, er sei erlöset — nun frönt. Wie wir schon heute morgen berichteten, ist er nach geringen Unterschlagungen geflüchtet.

Aber den Vorfall wird noch berichtet: Montag ging bei der Kriminalpolizei von Seiten einer Mandantin des verschundenen Rechtsanwalts ein Strafakt gegen diesen ein, in dem er beschuldigt wird, Gelder zum Nachteil der Anwesenden unterlagern zu haben. Er hat es seit einigen Wochen verstanden, die Rechnungsbücher in der betreffenden Angelegenheit von Tag zu Tag unter Vorwänden hinauszufliehen. Am Montag sollte eine Konferenz zwischen ihm und seiner Klientin stattfinden; er ließ aber telephonisch abhören, weil er angeblich zu ausgereizt ist. Am Dienstag hatte er einen Termin in Zehn bei Hofen wahrzunehmen. Dort ist er jedoch nicht eingetroffen, dagegen erhielt sein Bureauvorsteher eine mit Bleistift geschriebene Berliner Ansichtskarte von ihm, auf der er verschiedene geschäftliche Anordnungen trifft und einzelne Sätze bis zu seiner „Rückkehr von Schwärzburg“ verbleibt. Diese Karte sollte offenbar durch einen Boten ins Bureau gebracht werden, denn es war als Adresse nur Potsdamer Straße 4, ohne Angabe des Adressaten angegeben. Offen stand ferner der Vermerk: „Dem Boten 30 Pf. geben.“ Nun ist die Karte aber doch mit der Post angekommen, und zwar in einem grauen Kuvert, auf dem folgende Adresse stand: „An den Herrn Hauswirt, Berlin W., Potsdamerstr. 4.“; dazu der Vermerk: „Bitte abgeben, habe es vergessen.“ Die Handschrift ist eine fremde; der Briefstempel lautet: „Bahnhof Berlin-Breslau, Aug 17 9. 1. 12.“ Dieser Zug verließ Berlin um 6 Uhr 8 Min. morgens. Danach mühte H. also diesen Zug zu seiner Flucht benutzt haben. Andererseits ist es aber auch möglich, daß H. die Postkarte vor seinem Verschwinden irgend jemand zur Beförderung übergeben und daß dieser sie in dem Kuvert in den Zug gesteckt hat.

Die in der Wohnung des Verschundenen vorgenommene Hausdurchsuchung ergab, daß von seinen Sachen nur ein Revolver in klauen Sammet und ein alter, abgetragener Anzug fehlen. Ferner fand man einen halbspedierten Handkoffer, den H. gewöhnlich auf seinen Reisen benutzte, sowie mehrere Photographien, die ihn selbst im Badestuhl im Schnee darstellen und zum Teil in Bromberg angefertigt worden sind.

Im Grunewald sind sämtliche Kleidungsstücke, die H. bei seinem Fortgange trug, gefunden worden, mit Ausnahme des Hemdes und der Hosenstücke, es muß also als sicher angenommen werden, daß er sich neu eingekleidet und dann die Flucht ergriffen hat. H. ist 55 Jahre alt, klein, trägt braune, etwas gewellte Haare über hartem, grauem Haar und englisch geschnittenen, ziemlich harten Schnurrbart. Er spricht Deutsch, Polnisch, Russisch und Französisch, alle Sprachen fließend.

Vermischtes.

4000 Millionen unter den Trümmern.

Aus New York meldet der Draht: Allen im Werte von 4000 Millionen Dollar liegen unter den Trümmern des Equitable-Bankastes begraben. Das Wirtenschicksal ist gesamt. Es besteht die Hoffnung, daß die Werte unbeschädigt sind. Das Einreißen der Mauern und Wegräumen der Trümmer beginnt morgen.

Bei dem Brand des Equitable Bankastes sind die Geschäftsbücher der Union-Pacifc-Bahn vernichtet worden. Ueber den Gebäuden liegt eine 25 Fuß hohe Schicht von Trümmern und Eisenmassen, die den Zutritt zu den Gebäuden vorläufig als ausgeschlossen erscheinen lassen.

Verhafteter Mörder.

Amsterdam, 11. Jan. Ein 45jähriger holländischer Seefahrer wurde unter dem Verdacht verhaftet, kurz vor Weihnachten einen 40jährigen Gutbesitzer in Beek er mordet und h e r a u b t zu haben. Der Seefahrer hatte erst kürzlich in Holland eine Gefängnisstrafe von neun Jahren verbüßt. Es sind Auslieferungsvorhandlungen eingeleitet worden.

Schwärzernachrichten.

Breslau i. S., 11. Jan. Die Schwarzwaldbäche führen infolge der zahlreichen Regen- und Schneefälle Hochwasser. Die Grotte erstrahlte in 15jähriges Mädchen auf dem Heimweg. In Waldkirch kam eine Frau in den Fluten um.

Paris, 11. Jan. Die Seine ist seit den letzten 24 Stunden um 25 Zentimeter gesunken. Man befürchtet ein Weitersteigen, denn die Nebenflüsse führen noch Hochwasser. Der Pegelstand an der Pont Royal zeigt 4,81 Meter an.

Währungsscheine auf einen Kassenboten. Ein Kassenbote auf einen Kassenboten wurde durch dessen Klammerei in München verurteilt. Ein Münchner Kassenbote war — notwendig von einem der Münchner Rentenanstalt — antepflichtet worden, es möge für 20000 Kronen österrische Banknoten gegen deutsches Geld eintauschen; ein Kassenbote sollte die Noten abholen und den Gegenwert gleich mitbringen. Im Korridor des Rentenanstalt kam nun dem Boten ein Mann entgegen, der sich als Beamter ausgab und ihm das Geld abnehmen wollte. Der Bote erklärte aber, er dürfe es nur dem Rentenanstaltsvorstande ausändigen. Nun forderte ihn der Mann auf, mit ihm zu gehen und öffnete die Tür zu einem dunklen Gang, den zu betreten der Bote sich jedoch ebenfalls weigerte. Darauf ergriß der Unbekannte die Flucht.

Kampf mit Schmugglern. An der bairischen Grenze bei Passau wurden fünf Schmuggler mit 300 Kilogramm Scharfrin abgefaßt. Im Kampfe mit den Grenzschützen wurden zwei Schmuggler verwundet.

Beim Untergang eines Fischerbootes vier Personen ertranken. Ein Fischerboot mit vier Mann Besatzung ist bei Neustadt (Ostpr.) im Eise des Frischen Hafes untergegangen. Alle vier Personen ertranken.

Die „Schwarze Hand“. Als Nebenbzw. der Aufschriften der „Schwarzen Hand“, jenes neuen Kletmetris in Peter Ganters Spuren, die im Dezember vorigen Jahres in verschiedenen deutschen Hauptstädten verbreitet wurden, wurde nunmehr durch die Badener Polizei die Kaufmannswilhelms Welsperger ermittelt und verhaftet. Es hatte sich diesmal um die Vorbereitung auf die Empfehlung eines Desinfektionsmittels gehandelt.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinmann; für Ausland und Letzte Nachrichten: Karl Weitzer; Beauftragter, Vermittler usw.: Martin Feuchtwanger; für den Inseratenteil: Albert Barth, Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

Knorr Suppen-Würfel
Weibertreu
Erbsen in Speck
Wer probt, der lobt

In allen Abteilungen

Grosser Inventur-Ausverkauf.

Gute Waren zu auffallend wohlfeilen Preisen.

**Bruno Freytag, :: Halle a. S. ::
Leipzigerstrasse 100.**



Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Auf zur Wahl!

Mitbürger! Am Freitag, den 12. Januar d. J., werdet Ihr zur Wahlurne gerufen, um Eure Pflicht als Bürger unseres teuren deutschen Vaterlandes zu tun.

Laßt Euch nicht irre machen durch Agitatoren und Flugblätter.

Unser Wahlspruch lautet nach wie vor:

„Mit Gott für Kaiser und Reich!“

Unser Ziel bedeutet nichts anderes. Fort mit den Sozialdemokraten, aber

Schutz der nationalen Arbeit,

Schutz dem Mittelstand in Stadt und Land,

Unablässige Sorge für das Wohl des Arbeiterstandes.

Unser Kandidat ist der dem Mittelstande selbst angehörige

Bauerngutsbesitzer Carl Niele in Starsiedel.

Fehle Keiner am 12. Januar! Sorge Jeder, daß unser Kandidat als Sieger hervorgeht! Sorge auch Jeder, daß Nachbarn und Freunde ihre Stimme abgeben. Auf jede einzelne Stimme kommt es an!

Mit Gott für Kaiser und Reich!

Der Vorstand des Wahlvereins der vereinigten konservativen Parteien.

Cecilienhaus Halle a. S.
Güthenstrasse 19, Tel. 780.

Heilanstalt für Kranke u. Erholungsbedürftige.
Arztwahl steht jedem frei.

Schwesterstation für Kranken- und Wochenpflege.
Elektro-physikalisches und Röntgen-Institut,
Operationszimmer, Licht-, Kohlensäure-, sowie
alle medizinischen Bäder.
Elektrische und Inhalations-Apparate
für Asthma- und Halsleidende.

Radium-Kuren
bei Gicht, Rheumatismus, Nervenleiden (spez. Ischias),
Katarren d. Atmungsorgane, Frauenleiden,
sowie überhaupt bei Eiterungen und Entzündungen.
Besondere Abteilung für Ohrenkranke und für
Magen-, Darm-, Nerven-, Haut- und Stoffwechsel-
Kranke. Yoghurt-Kuren.

I. Hallesche Rinderschlächterei
Einziges Spezialgeschäft am Platz
Inhaber: Richard Hummel
nur Meagerbutterstr. 23 (72-4-vie-Bahnhof)
empfeilt bestes Rindfleisch
ohne Knochen 75-80 u. mit Knochen 60-70

Gegen Korpulenz
Bestes Mittel aus Focac
...
Depots: Hirschapotheke, Löwenapotheke, Hohenmüllersapotheke, u. Engelapotheke.

Perzina-Piano, Bandwurm
...
H. Laders, Mittelstrasse 9/10.

Hasenfelle
Gebr. Danglowitz,
Fischerplan 2.

Steuer-Erklärungen
Hasenfelle Joh. Bernhard,
Königsplatz 4.

Gesellschaftsreisen

Nach dem Orient
Kapitän - Ritt - Malchin
...
Preis: ...

Nach Italien
...
Preis: ...

Reisebureau der Hamburg-Amerika Linie,
Hinter den Zinnen 5, Berlin W., Unter den Zinnen 5,
Berliner in Halle S.: Georg Sahltze, Bernburgerstr. 32, I.

Schreibarbeiten jeder Art,
Hollische Schreibstube.
...
Telefon 10.

Ritter Flügel Pianos
bewährte Weltmarke
1911 Turin
Grand Prix

Tanz-Unterricht.
Der zweite Winterkursus meines Tanzunterrichts nach An-
leitung über Körperhaltung u. Umgangsformen beginnt Donnerstag,
d. 18. Jan., im Hotel „Kronprinz“. Am Beschl. nimmt neuen Länge
S. Annahme gefl. Anm. bis ich jeder Zeit in meiner Wohnung bereit.
Hermann Wipplinger, Tanzlehrer, Forststrasse 50, I.
Seit 1880 Tanzlehrer der Oberrealschule zu Dessau.
Von früherer Jugend mein altertümlicher Beruf.

Schlitten u. Rodeln
in großer Auswahl.
**Theodor Lühr, Leipziger-
straße 94.**
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Wärmflaschen
Wärmesteine, sehr billig.
C. F. Ritter, Halle S., Leipzigerstr. 90.
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins.

Kindergärten laubstr. 20
Lehrerin Klara Fuchs.
Anmeldungen werden jederzeit
angenommen

Blüthner-Flügel
...
B. Döll,
Gr. Ulrichstrasse 22/24.

Gebr. Rennschlitten
...
Julius Kuhnstr. 3-4.

Offentl. Arbeitsnachweis
Halle a. S., Salvatorstr. 2.
...
Die Verwaltung.

Unterricht.
Klavierunterricht
nach der bewährten Doppelschen
Methode (freier Fall der Finger)
u. Theorie-Unterricht nach
Klammann, meist gründlich und ge-
eignet.
Marie Hachtmann,
Göbenstraße 3, II.

Schicks Rod-Schreinwerk.
...
in seiner u. bürgerlicher Küche.

Vermischtes.
Mittelschullehrer
in Stadt von 30.00. Einwohnern,
3 Jahre alt, möchte sich mit nicht
unermesslich Banne verheiraten.
Offerten unter 118 an Daube &
Co., Wiesbaden. 118